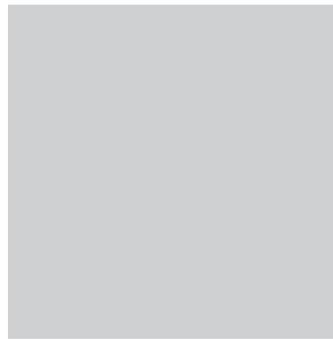


# DA ZWISCHEN GELIEN



**TÄGLICH  
KÄMPFEN GEGEN  
AUSBEUTUNG  
UND  
UNTER-  
DRÜCKUNG**



**1. MAI 2010 | ZEITUNG FÜR EINE INTERVENTIONISTISCHE LINKE**

Wir hatten uns schon so gefreut. Auf das Ende des Kapitalismus. Aber das sollte dann doch nicht sein – vorerst. Schade eigentlich. Gerettet haben den Kapitalismus massive staatliche Notprogramme, nicht die »Selbstheilungskräfte des Marktes«. Doch hat die Abkehr von der seit Jahrzehnten propagierten Doktrin des Neoliberalismus der Linken nicht in die Hände gespielt. Der Widerstand blieb schwach. Der Parole »Wir zahlen nicht für eure Krise« folgten keine Taten, jedenfalls nichts Handfestes. Bis jetzt.

Daran zeigt sich zunächst, dass die Krise nicht Resultat von Aneignungskämpfen ist, sondern primär Funktionsschwächen des Kapitals und seiner Regierungen entspringt. Die Bundesregierung fahre »auf Sicht«, bekennt Finanzminister Schäuble offen und fasst so die Regierungskunst (nicht nur) des Merkel-Kabinetts zusammen. In der Seefahrt meint auf Sicht fahren, dass man bei völligem Ausfall von Navigation und Orientierung auf Sicht zum sicheren Festland fährt, um nicht auf hoher See verloren zu gehen. Schäubles Eingeständnis zeigt an, dass Interventionen von links möglich, dass es für Initiativen von unten wenigstens Raum gibt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Räumen wir also unsererseits ein, mit unseren ersten Einschätzungen falsch gelegen zu haben.

Trotz beschränkter Sicht weiß Bundeskanzlerin Angela Merkel eines allerdings ganz genau: Deutschland soll gestärkt aus der Krise hervorgehen. Dass das nichts Gutes bedeutet, war und ist mehr oder weniger allen klar. Doch folgt daraus nicht automatisch die Einsicht, dass dem drohenden Angriff von oben nur in gegenseitiger Solidarität begegnet werden kann – oder gar nicht. Deshalb fuhr die politische Klasse mit der demonstrativen Sicherung der Spareinlagen, der Abwrackprämie, mit Kurzarbeit und Managerschelte zwar nur auf Sicht, doch alles in allem nicht so schlecht. Neoliberale PolitikerInnen und RechtspopulistInnen vom Schlage Wes-

terwelle fühlen sich inzwischen sogar wieder so fest im Sattel, dass sie noch eins draufsetzen. Scheinbar mit Erfolg. Auf Westerwelles Stimmungsmache gegen Hartz-IV-EmpfängerInnen reagierten nicht Wenige »positiv«. Richtig ist da nur eins: Lassen wir uns gegeneinander ausspielen, bleibt das so.

Zugleich zeigt der Umgang mit Griechenland, dass Deutschland gestärkt werden soll. Denn die griechische Wirtschaft bildet –

Staat und Kapital auf Sicht fahren müssen, heißt immerhin, dass sie nicht mehr »durchregieren« können. Auch deshalb bleibt der erwartete Frontalangriff (vorerst) aus, werden die Krisenlasten in niedrigen Dosen nach unten weitergereicht. Weil die Herrschenden wissen, dass das nicht reichen wird, bauen sie jetzt schon vor, mit dem präventiven Angriff auf mögliche Gegenwehr in Form der Gleichsetzung von »Links-«

## Land in Sicht



### Anmerkungen zu den bestehenden Bedingungen

wie große Teile des EU-Währungsraums – das Gegenstück zum deutschen »Exportweltmeister«, der durch Lohndumping »unter seinen Verhältnissen« lebt und wirtschaftet. Dabei haben die Lohnentwicklung in Deutschland und der Euro es vor allem deutschen Unternehmen ermöglicht, auf Kosten Griechenlands Gewinne einzufahren. Von dieser wichtigen Ursache der griechischen Finanzierungsschwierigkeiten wollen die neoliberalen Apologeten natürlich nichts wissen und mobilisieren stattdessen tief sitzende, moralisierende Ressentiments über die »Schlamperei« und »Misswirtschaft« der faulen SüdeuropäerInnen. Innen wie Außen: Nicht nur Hartz-IV-EmpfängerInnen, sondern auch Griechenland soll bitte schön nicht auf unsere Kosten leben, auch wenn genau das Gegenteil der Fall ist. Der »Fall Griechenland« zeigt, wie schnell die europäische und globale Dimension der Krise zum Resonanzboden rassistischer Kampagnen werden kann.

Doch auch die Chancen für Protest und Widerstand sind nicht so schlecht, wie es scheint. Dass



und »Rechtsextremismus« – und mit der dazu passenden Militarisierung auch im Inneren. Voraus ging dem vor Jahren schon die Militarisierung der Außenpolitik. Doch obwohl die in Schnelligkeit und Ausmaß alle Befürchtungen übertroffen hat: festzuhalten ist, dass auch da nicht mehr »durchzuregieren« war und ist. Außen wie Innen.

Ob es nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen so weitergeht? Was wird – ein Beispiel nur – aus der Kopfpause, diesem Angriff auf das Solidarprinzip der paritätischen Krankenversicherung, mit der die »Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten« durchgesetzt

Plan A – Mein Ding zieh ich durch bis zum Schluss. +++ Plan B – Ich tu nichts, ausser ich muss. Plan C – Mal sehen, ich entscheide spontan. Plan D – Ich fange was ganz anderes an.

Es gibt die, die unbedingt wollen, aber nicht dürfen und ie, die gerne dürfen, aber nicht wollen. Es gibt die, mit was aufm Kasten, die nix sagen und die, die immer nur reden, aber nicht sollen.

Plan A – Ich passe mich den Umständen an +++ Plan B – Ich rebelliere wo ich nur kann +++ Plan C – Ich setze ganz auf Sicherheit. Plan D – Ich mache mich für's-chaos bereit.

Seid ihr für Dagegen oder gegen Dafür. (...) Stillstand auf hohem Niveau. Du schlägst dich durch, durch dich K.O.



werden soll? Nach den Plänen der Bundesregierung sollen zukünftig die Kapitalisten nur einen Festbetrag zahlen, der auf sieben Prozent eingefroren wird. Die gesetzlich Versicherten zahlen den Rest und tragen somit alle Risiken der absehbar rasant steigenden Kosten. Lässt sich – ein Beispiel nur – die Fahrt auf Sicht an dieser Stelle kreuzen? Andere Beispiele präsentieren die folgenden Seiten: Interventionen in die Krise von Klima und Energie und gegen die



Kauf mir ein Bonbon, Kauf mir ein Rad +++ Kauf mir ein Handy, Kauf den Vertrag +++ Kauf mir Klamotten, Kauf mir die Freunde +++ Kauf mir die Freizeit, Kauf mir die Bräute +++ Kauf mir ein Auto, Kauf mir ein Haus +++ Kauf mir die Wahrheit über Franz Josef Strauss +++ Kauf mir die Erde und Kauf mir den Mond +++ Kauft euch doch euch selbst, aber lasst mich verschont.



freie Fahrt des Castor. Aktionen gegen die Arbeitsbedingungen im Niedriglohnssektor. Kämpfe um Mobilität, um ein Recht auf Stadt. Kämpfe, immer noch und immer wieder, gegen Militär und Krieg. Interventionen, dringlich nicht nur da, in das Verhältnis von Krise und Geschlecht. In die »Extremismusdebatte«.

Der große Wurf, der Mega-plan, wie mit dem Ganzen Schluss gemacht werden kann, ist das nicht, soll es auch nicht sein. Wenn sie nicht mehr »durchregieren« können, liegt unser nächster Schritt im Durchkreuzen ihrer Fahrt auf Sicht. Machen wir den Anfang. Jetzt.



■ ■ ■ ■ **Schon** lange ist Schlecker für den miesen Umgang mit seinen Beschäftigten berüchtigt. Nun will das Unternehmen mit neuen XL-Filialen gegenüber der Konkurrenz verlorenen Boden wettmachen und treibt dabei die schikanösen Ausbeutungsmethoden auf die Spitze.

Im Zuge der Schließung alter Filialen werden die Mitarbeiterinnen entlassen und bekommen dann zum Teil das Angebot, in der XL-Filiale zu bis zu 40% weniger Lohn »neu« anzufangen. Vollzeitverträge werden – auch in den alten Filialen – sukzessive zugunsten von Teilzeitarbeit abgeschafft, Mitarbeiterinnen müssen zunehmend ergänzend Hartz IV beantragen. Abgewickelt wird dieser Angriff auf die Beschäftigten mithilfe einer eigens gegründeten Leiharbeitsfirma.



**12. Juni 2010: Auf die Straße in Berlin und Stuttgart**

»Wir zahlen nicht für eure Krise« +++ Im März 2009 demonstrierten in Berlin und Frankfurt am Main Zehntausende unter diesem Motto. Das danach entstandene gleichnamige bundesweite Bündnis ruft nun zusammen mit anderen für den 12. Juni erneut dazu auf, auf die Straße zu gehen. In Berlin und Stuttgart soll gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, zunehmende Prekarisierung der Arbeit und einen massiven Rückbau der öffentlichen Infrastruktur durch kommunale Verarmung ein sichtbares Zeichen gesetzt werden. Während das Bündnis in Berlin das Motto »Die Krise heißt Kapitalismus. Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau!« gewählt hat, mobilisiert u.a. der ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg unter der Devise »Das nennt ihr gerecht. Gerecht geht anders.« nach Stuttgart.

[www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org)

# Sand im Getriebe der Ausbeutung

## Lohnarbeit ist kein ZuckerSCHLECKERn

In Bremen eröffnete im November 2009 die erste Filiale. AktivistInnen des Mayday-Bündnisses hatten bereits vorher Kontakte geknüpft mit den (wenigen) aktiven Schlecker-Mitarbeiterinnen und dem zuständigen ver.di-Sekretär. Eine erste Flugblattaktion am Eröffnungstag zeigte, dass der Unmut im Stadtteil groß war. Wir starteten daraufhin eine breite Mobilisierung für einen Flashmob in der Filiale.

Die Aktion war ein voller Erfolg: AnwohnerInnen, prekär Beschäftigte anderer Betriebe, SchülerInnen, linke AktivistInnen – eine bunt gemischte Menge von etwa 150 Leuten okkupierte für eine gute halbe Stunde den Schlecker-Markt und zog danach gut gestimmt mit einer Spontandemo durch den Stadtteil. Die Presse berichtete durchweg positiv, entsprechend zurückhaltend verhielt sich auch die Polizei. Am Eröffnungstag der zweiten Bremer XL-Filiale sollte wieder eine Besetzungsaktion stattfinden. Dem kam Schlecker jedoch zuvor und machte sich selbst wegen eines angeblichen Stromausfalls das Eröffnungsgeschäft zunichte.

- **Gemeinsame Aktionen machen Mut**
- Die Kontakte zwischen linken AktivistInnen und den Schlecker-

MitarbeiterInnen haben sich im Zuge der Zusammenarbeit intensiviert, unter anderem bei Aktionen zu den Tarifverhandlungen und den Betriebsratswahlen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir gemeinsam eine ganze Menge auf die Beine stellen können: Organisation und Protest – auch jenseits von Gewerkschaft – ist machbar!

Betriebliche Kämpfe haben in den letzten Jahrzehnten auf der Agenda linksradikaler AktivistInnen ein Schattendasein geführt. Dennoch gibt es in den letzten Jahren immer mehr Versuche, das zu ändern. Wir haben uns im Rahmen des Bremer Mayday-Bündnisses mit der Schlecker-Kampagne auf diesen trial-and-error-Prozess eingelassen und stellen fest: Der Einsatz lohnt sich. Die kraftvollen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen haben dazu beigetragen, dass Schlecker sich genötigt sieht, zumindest formal einen Ausgleich mit ver.di zu suchen und die eigene Leiharbeitsfirma meniar zu schließen. Was das für die Beschäftigten heißt, muss sich noch zeigen. In jedem Fall habe die gemeinsamen Aktionen aber allen Beteiligten Mut gemacht!

[www.mayday-bremen.de](http://www.mayday-bremen.de)  
[www.wir-zahlen-nicht-für-eure-Krise.de/bremen](http://www.wir-zahlen-nicht-für-eure-Krise.de/bremen)



## Die Stadt gehört allen – Nutzung städtischen Raums

■ ■ ■ ■ **»Nicht** nur in Hamburg, sondern weltweit organisieren und vernetzen sich soziale Bewegungen unter dem Motto »Recht auf Stadt«. Dieses Recht wird nicht erteilt, es gehört allen – unabhängig von sozialer oder nationaler Zugehörigkeit. Wenn wir uns das Recht auf Stadt nehmen, verändert sich nicht nur die Stadt: Es verändern sich unsere Bezugspunkte, Beziehungen und Begehungen. Die Stadt gehört allen!« ([www.rechtaufstadt.net](http://www.rechtaufstadt.net))

In Hamburg existiert seit Sommer 2009 das Netzwerk Recht auf Stadt. Diverse Initiativen befassen sich darin mit den Auswirkungen aktueller Politik auf die Stadt. Dabei geht es zumeist um ein konkretes Anliegen wie die Durchsetzung eines selbstverwalteten Projekts im Hamburger Gängeviertel oder die Verhinderung der Bebauung von Grünflächen.

Doch nicht nur in Hamburg gibt es Bewegung. In Berlin hat sich das Bündnis Steigende Mieten Stoppen gebildet. Auch an anderen Orten wird die Nutzung des städtischen Raums öffentlich thematisiert.

## TÄGLICH KÄMPFEN GEGEN REPRESSION UND KONTROLLGESELLSCHAFT



- **Mietenfrage gesamtgesellschaftlich stellen**
- Ein zentrales Thema ist der Zugang zu Wohnraum und die Frage der Mieten. In Deutschland wird derzeit durchschnittlich ein Drittel des Monatseinkommens für Miete und Nebenkosten aufgewendet. Viele geben mehr dafür aus. Das Hamburger Netzwerk befasst sich deshalb mit der sozialen Lage von MieterInnen in einer Stadt mit den zweithöchsten Mietpreisen Deutschlands.

Über Mieterversammlungen und Protestaktionen soll Einfluss auf die Mietpreisgestaltung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA erlangt werden, um perspektivisch die Mietenfrage auch gesamtgesellschaftlich zu stellen. Dabei geht es darum, gegen Mietpreissteigerungen vorzugehen (diskutiert wird die Forderung nach einer Höchstmiete pro Quadratmeter), zum anderen fordern MieterInnen unter der Parole »SAGA in Mieterhand« Partizipation und demokratische Kontrolle.

Auch im Bereich öffentlicher Räume greift das Recht auf Stadt: Wir setzen uns für eine Stadt für Alle ein, richten uns gegen die Privatisierung öffentlicher Räume.

Der Kampf um das »Recht auf Stadt« ist dabei nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Kämpfen. Als Lohnabhängige sind wir Objekt einer Doppelausbeutung: Während im Betrieb, im Büro oder in selbstständiger Arbeit immer mehr Arbeit für weniger Lohn bleibt, werden in der »privaten«, reproduktiven Sphäre Mieten angehoben, Preise für öffentliche Verkehrsmittel erhöht und Freizeit auf kommerzielle Amüsiertempel beschränkt. Wir aber wollen eine Gesellschaft, die sich nach den Bedürfnissen und Wünschen aller richtet. Dazu braucht es den Kampf um das Recht auf Stadt ebenso wie die Kämpfe am Arbeitsplatz.



## Mobilität für alle! Das Sozialticket ist ein Schritt

■ ■ ■ ■ **Für alle** Menschen ist es wichtig, sich in ihren Städten und Gemeinden frei bewegen zu können: zu FreundInnen, zu Veranstaltungen oder zum Arzt. Gerade Menschen mit wenig Geld sind auf Hilfs- und Beratungseinrichtungen angewiesen. Sie müssen zu Ämtern und Behörden. Doch immer mehr Menschen können sich Mobilität nicht mehr leisten.

Steigende Fahrpreise zwingen viele Menschen zum »Schwarzfahren«, auch weil Hartz-IV-EmpfängerInnen monatlich gerade einmal 11,49 € für Bus und Bahn zustehen. Tausende Menschen mussten in den letzten Jahren ins Gefängnis, weil sie zu arm waren, sich einen Fahrschein zu kaufen.

Dagegen regt sich bundesweit Widerstand. Lokale Bündnisse fordern Mobilität für alle und ein Sozialticket ist ein wichtiger Schritt dahin. Im Düsseldorfer Bündnis für ein Sozialticket arbeiten beispielsweise Organisationen zusammen, die ansonsten oft getrennte Wege gehen: Die Diakonie, das selbst organisierte Erwerbslosenfrühstück, verschiedene Gewerkschaftsarbeitskreise, die Obdachlosenzeitung und die Katholische Arbeitnehmerbewegung nebender radikal-linken initiative k, um nur einige zu nennen.

Zusammen ist es uns gelungen, durch Veranstaltungen und Aktionen eine politische Stimmung zugunsten eines Sozialtickets zu erzeugen. CDU und Grüne haben sich darauf verständigt, ein solches Ticket einzuführen. Umkämpft ist der Preis, die Verkehrsverbände laufen Sturm gegen die von den meisten Initiativen geforderten 15 €.

Für uns als radikale Linke ist das Thema Sozialticket nicht nur wichtig, weil ein Teil von uns direkten Nutzen daraus ziehen würde. Es eröffnet auch den Raum mit anderen zu diskutieren, wie wir leben wollen und welche Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse ein besseres und gerechteres Leben ermöglichen. Wir meinen, dass Mobilität per ÖPNV zum Nulltarif eine Grundversorgungsaufgabe der Gesellschaft ist.

Die geplante Einführung eines ermäßigten Tickets werten wir als Teilerfolg, der zeigt, dass gemeinsames Engagement sich lohnt.

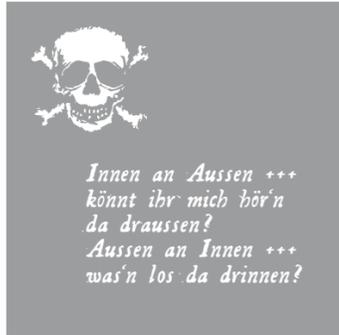
# Jetzt fällt die Entscheidung! Massenblockaden für eine andere Energiepolitik

**Auch wenn** Umweltminister Norbert Röttgen um den heißen Brei herum redet: Die schwarz-gelbe Bundesregierung will die Laufzeiten der Atomkraftwerke massiv ausweiten. Doch spätestens seit Tschernobyl ist die Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie offensichtlich und die ungelöste Entsorgungsproblematik seit dem Asse-Skandal nicht mehr zu verheimlichen. Zwei Drittel der Bevölkerung lehnen die Laufzeitverlängerungen ab. Noch immer ist eine Mehrheit für den Atomausstieg.

Warum also stemmen sich Energiekonzerne und Regierung dagegen? Im Energiesektor stehen wir vor einer Grundsatzentscheidung. Der Ausbau dezentraler, erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Sonne) ist mit der Grundlasttechnologie von Kohle und Atomkraftwerken nicht vereinbar. Jetzt wird eine Richtungsentscheidung für die nächsten 50 Jahre gefällt: Für zentrale Großkraftwerke mit Kohle und Atom oder dezentrale, flexible und regenerative Energien. Ökologisch sinnvoll und von der Bevölkerung gewollt ist Letzteres, Energiekonzerne und Regierung pushen aber das Andere, denn angesichts steigender Energiepreise winken Milliarden Gewinne für die MonopolistInnen.

- **Castortransport:**
  - **Achillesferse der**
  - **Atomstrategie**
- In der Energiepolitik zeigen sich die grundlegenden Widersprüche kapitalistischer Profitlogik: Wenige Privatkonzerne versuchen gegen die Interessen der Bevölkerung, die Weichen Richtung Klimakatastrophe zu stellen. Wollen wir sie aufhalten, müssen wir mehr sein als WählerInnen und KonsumentInnen.

Der Castortransport von hochradioaktivem Müll ins geplante Endlager Gorleben im November ist die Achillesferse ihrer Atomstrategie. Mit Massenblockaden und Sabotagen werden Zehntausende dem Energiefahrplan der Mächtigen das Gleis streitig machen. Darüber hinaus können wir mit der Forderung nach Enteignung der Energiekonzerne dem Katastrophen-Kapitalismus die konkrete Utopie einer Energieversorgung unter gesellschaftlicher Kontrolle und im Interesse von Mensch und Umwelt entgegensetzen. 



**In der** schwarz-gelben Regierungskoalition wird derzeit das endgültige Aus der paritätischen Krankenversicherung vorbereitet. Dabei soll die »Entkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten« durchgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Versicherten zukünftig die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem allein tragen sollen. Das eigentliche Ziel ist aber die einkommensunabhängige Kopfpauschale. Da die Ärmern diesen Pauschalbetrag nicht werden erbringen können (es werden bis mittelfristig ca. 280 € prognostiziert), soll dieser über einen zu beantragenden Sozialausgleich steuerfinanziert werden.

# Kapitalismus macht krank!

## Kopfpauschale verhindern! Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle!

Während die DurchschnittsverdienerInnen und die Ärmern künftig deutlich mehr Geld für ihre Gesundheit aufwenden sollen, werden die Gutverdienenden, Gesunden und Jungen von den privaten Krankenversicherungen mit günstigen Tarifen versorgt: Wer arm ist, wird öfter krank und soll auch mehr zahlen.

Gesundheit wird immer mehr zur Ware. ÄrztInnen müssen ihre Praxis als betriebswirtschaftliche Unternehmen führen. Der Unternehmer Arzt ist gehalten, durch den Vertrieb sogenannter Individueller Gesundheitsleistungen (IgeL) seinen Umsatz zu steigern. Krankenhäuser, auch Uni-Kliniken, werden privatisiert und müssen Rendite erwirtschaften. Dabei bleiben nicht nur die Interessen der PatientInnen auf der Strecke. Ungeheuer steigender Arbeitsdruck bei geringen Löhnen besonders in den technischen Bereichen und im Pflegedienst führt zu chronischer Überlastung der Beschäftigten.

Die Geldmaschine Gesundheitswesen läuft auch in anderen Bereichen auf Hochtouren. In der

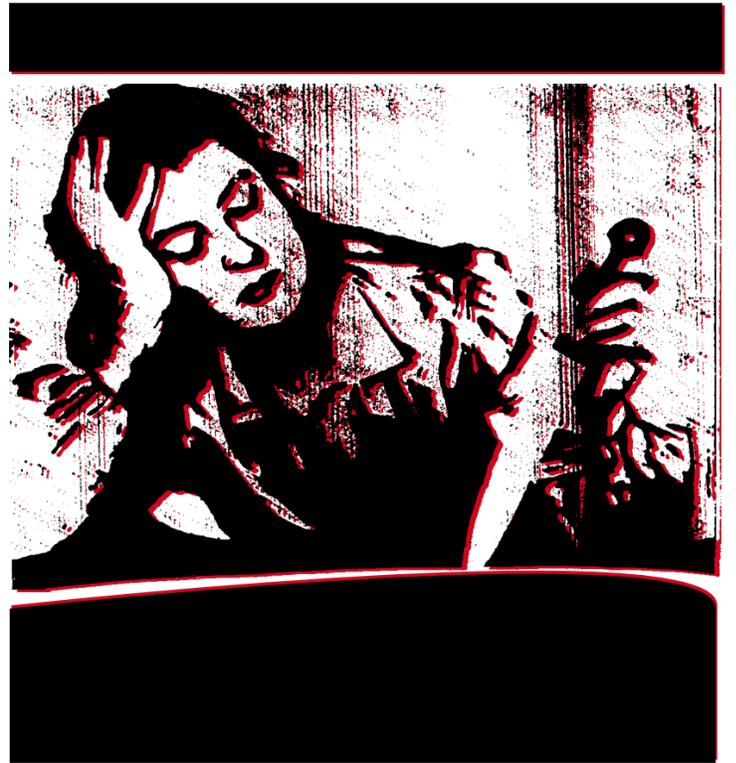
### Karawane-Festival

Unter dem Titel »Vereint gegen koloniales Unrecht. In Erinnerung an die Toten der Festung Europa« findet vom 4. – 6. Juni 2010 in Jena ein von der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« initiiertes Festival statt. »Das Wort-Festival« steht in diesem Zusammenhang für die Ausdrucksform unseres politischen Kampfes, die zentralen Elemente neokolonialer Ausbeutung und die damit verbundenen Folgen in kreativer Form in die Öffentlichkeit zu tragen, so die VeranstalterInnen. Neben Vorträgen, Diskussionen, Theaterstücken, Live-Musik usw. wird ein Mahnmal für die Toten der Festung Europa aufgestellt und in Form einer Maskeradenparade die auf ihrem Weg nach Europa Gestorbenen Einzug in die Stadt halten. Mit dem Ereignis soll ein politischer Ort der Kommunikation, Vernetzung und Selbstorganisation geschaffen werden – nicht nur unter antirassistischen AktivistInnen, angestrebt ist ein bewegungsübergreifendes Crossover.

[www.karawane-festival.org](http://www.karawane-festival.org)

Medizintechnik werden auch in Krisenzeiten riesige Profite eingefahren. Milliarden Gewinne lassen sich durch Scheininnovationen erzielen, die keinen zusätzlichen Nutzen erbringen. Zur gleichen Zeit werden Forschung und Produktion von Medikamenten für die Bekämpfung von Krankheiten der Ärmsten im globalen Süden (z.B. Malaria) zurückgehalten, bis eine profitable Vermarktung garantiert ist.

- **Die Kopfpauschale**
- **zum Debakel machen!**
- Durch massive Umverteilungen zulasten der Versicherten (z.B. Zahnersatz, Brillen, Heilmittel und Praxisgebühr) bei



# Für eine feministisch-emanzipatorische Krisenintervention!

**Seit** Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise wird darüber spekuliert, ob Frau Gewinnerin oder Verliererin der Krise ist. Hier soll es aber nicht darum gehen, ob Frauen die besseren FondsmanagerInnen sind oder die Telekom-Quote und Diversity Management das Versprechen der Gleichstellung nun endlich mehr oder weniger einlösen oder warum sie dies nicht tun.

Am stärksten betroffen von einer Gesellschaft, die auf der Trennung gesellschaftlicher Sphären von Produktion und Reproduktion und somit auch auf ungleichwertiger Arbeitsteilung basiert, sind Menschen, die aufgrund diverser Merkmale – und dazu gehören auch geschlechtsspezifische – schlechter behandelt werden als andere. Sei dies nun die alleinerziehende Mutter, die illegalisiert arbeitende MigrantIn, der Kinder betreuende Erzieher oder die gerüstbauende Handwerkerin. Sie alle erzeugen Widersprüche, die es in einer herrschaftsfreien Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufzuheben gilt.

was Arbeit bedeutet und was bis jetzt bei dem Begriff ausgeschlossen blieb. Tut sie das nicht, schlägt sie zwangsläufig fehl, da sie (Re-)Produktionssphären und damit Geschlechterverhältnisse ausblendet. Demnach müsste sie als anti-kapitalistische, antagonistische Praxis erkennen, warum Geschlecht auch derzeit noch strukturell und interaktionistisch ein grundlegender gesellschaftlicher Konstitutionsfaktor ist. Betrachtet sie somit Klassenverhältnisse nicht auch als Geschlechterverhältnisse, läuft sie Gefahr, reaktionär oder reformistisch zu sein.

Erst wenn die Geschlechterungleichheiten neben anderen Herrschaftsmechanismen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft in all ihren Widersprüchen aufgegriffen werden, eröffnet sich die Möglichkeit, dass Menschen in diesen alltäglichen Widersprüchen ihren zugewiesenen Rollen zuwiderhandeln. So können Kräfte gebündelt, Konflikte zugespitzt und Gemeinsamkeiten für eine Praxis gefunden werden, die eine herrschaftsfreie Gesellschaft zum Ziel hat. 

- **Klassenverhältnisse und**
- **Geschlechterverhältnisse**
- Wenn antikapitalistische Praxis Arbeitskampf bedeutet, so muss sich eine radikale Linke einen neuen Begriff davon machen,





# Heldengedenken am 1. Mai?

## Gewerkschaften im Visier der Inneren Mobilmachung

storfer Reservistenkameradschaft seine Ideen.

Die Kirchen sollen einen Sonntag im Jahr der Solidarität mit den SoldatInnen widmen. Aber vor allem mit den Gewerkschaften hat Robbe Großes vor: »Es spräche nichts dagegen, wenn beispielsweise auf den Kundgebungen am 1. Mai, an die deutschen Soldaten in Afghanistan, auf dem Balkan, vor dem Libanon und am Horn von Afrika erinnert würde. Auch der fallenen Soldaten könne am Tag der Arbeit gedacht werden.«

■ **Gewerkschaften im Zwiespalt**  
■ Spricht man GewerkschaftssekretärInnen von ver.di, IG Metall oder DGB darauf an, fallen die Antworten eindeutig aus. Etwas Derartiges gebe die Beschlusslage nicht her. Die Position gegen den Krieg im Allgemeinen und den Krieg in Afghanistan im Konkreten sei eindeutig. Doch mit Beschlusslagen ist es so eine Sache. Das verdeutlichen einige Geschehnisse der letzten Zeit.

Wenn bei Airbus der neue Militärtransporter A400 M gebaut werden soll, dann ist die IG Metall dafür. Es geht schließlich um Arbeitsplätze. Und, das gibt man auch offen zu, die eigenen Debatten um Rüstungskonversion fristen eher ein kümmerliches Dasein.

Als in München unter anderen ver.di zu Protesten gegen ein Rekrutengelöbnis aufrief, hagelte es Kritik innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Man könne die Kollegen und Kolleginnen Soldat nicht aus den Gewerkschaften ausgrenzen, hieß es.

Und als in Hannover der DGB den Antikriegstag nicht mehr alleine, sondern in Kooperation mit der Stadt begehen wollte, waren in Hannovers Rathaus nicht nur Transparente und Flugblattverteilung verboten. Als Kämpfer für den Frieden begrüßte der Bürgermeister zwei hohe Offiziere der 1. Panzerdivision, der Patenschaftsdivision der Stadt.

■ **Widerspruch und Einmischung lohnt**  
■ Die Standhaftigkeit mancher GewerkschafterInnen ist im Konkreten also nicht so groß. Es gibt eine ganze Reihe von Bruchstellen. Sie münden zwar noch nicht in Schweigeminuten auf den 1.-Mai-Kundgebungen, aber sind in der Lage, die historisch gewachsene Distanz der Gewerkschaftsbewegung zum Militär aufzuweichen.

Das Beispiel Hannover zeigt jedoch, das sich Widerspruch lohnt. Schon auf der Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag am 1. September kam es zu Protesten. Inzwischen macht der ver.di-Bezirksvorstand eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Stadt davon abhängig, dass in Zukunft Soldaten in Uniform nicht mehr teilnehmen können.

Das ist ein nicht unbeachtlicher Erfolg. Dass die Gewerkschaften sich in Zukunft der Instrumentalisierung durch Militär und Politik verweigern, ist allerdings nicht abgemacht. Eine entschlossene und klare Positionierung gegen Militär und Kriegseinsätze ist weiterhin notwendig.

### Dresden, Köln, Jena, Leipzig. Wie weiter?

Nach der erfolgreichen Blockade des Neonaziaufmarschs in Dresden am 13. Februar 2010 soll Bilanz gezogen werden. Dafür trifft man sich vom 28. bis zum 30. Mai 2010 in Jena zu einer Bilanz- und Strategiekonferenz. Gruppen und Aktive aus der Interventionistischen Linken unterstützen diese Konferenz, beteiligen sich und rufen zur Teilnahme auf. »Mit Massenblockaden ist es in den letzten zwei Jahren an Orten wie Dresden, Köln, Jena und Leipzig gelungen, Naziaufmärsche zu stoppen. Sie bieten somit erstmals eine Erfolg versprechende Interventionsform gegen die seit 20 Jahren erstarkende extreme Rechte«, heißt es in der Einladung zur Konferenz. Auf dem Treffen soll das Konzept der Massenblockaden vorgestellt, diskutiert und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus soll die Konferenz aber auch die Möglichkeit bieten, über die Themen Solidarität und Repression, Ziviler Ungehorsam und Widerstand sowie den Umgang mit dem Gedenken zu diskutieren.

www.aktionsnetzwerk.de | www.dresden-nazifrei.com



# Propaganda-offensive

## Der Kampf der Bundesregierung gegen »Linksextremismus«

### Die schwarze

gelbe Bundesregierung will den Kampf gegen Rechtsextremismus auf die Felder »Linksextremismus« und »Islamismus« ausweiten. Das Ziel dabei ist klar: In Zeiten der Krise soll durch eine Gleichsetzung von Nazis und Linken jede linke, sozialistische und antikapitalistische Perspektive systematisch diskreditiert werden.

Grundlage dieser Politik ist der »Extremismusansatz«. Er ist keine wissenschaftliche Theorie, sondern ein ideologischer Kampfbegriff. Demnach müsse die »gesellschaftliche Mitte« vor Angriffen von »Extremisten« geschützt werden. Was allerdings zur »Mitte« gehört und was nicht, bestimmen die herrschenden Parteien selbst und unterliegt den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Interessen.

■ **Politischer Angriff auf linke Strukturen**  
■ Mit den Bundesprogrammen gegen rechts wurden Initiativen finanziert, die über Rassismus, Antisemitismus und Nazigewalt aufklärten, Behörden, Ämter und Institutionen vor Ort berieten oder Opfern rechter Gewalt unterstützten. Wie die Bundesprogramme gegen links aussehen sollen, ist nicht klar. Sicher wird es keine Beratungsstellen für HausbesitzerInnen geben, deren Gebäude besetzt wurde. Und ein Aussteigerprogramm für »Autonome« ist ebenfalls lächerlich.

Die politischen Angriffe sollen auf anderen Ebenen stattfinden: Bündnisse werden bei konkreten Anlässen (z. B. Sozialabbau oder Antifaschismus) torpediert, um in gute und schlechte Linke zu spalten. Linken Personen des öffentlichen Lebens

werden bei militanten Aktionen zur öffentlichen Distanzierung aufgefordert und der Druck auf ProfessorInnen, PolitikerInnen der LINKEN, Grünen und SPD sowie auf Stiftungen, Bands und MusikerInnen zunehmen. Nicht zuletzt sollen linke Strukturen, (ehemals) besetzte Häuser, alternative Treffpunkte und autonome Jugendzentren geschliffen werden.

■ **Straßenverkehrsordnung gilt nur eingeschränkt**  
■ Zu erwarten ist auch, dass verstärkt linke Strukturen und ihre Verflechtungen in andere Milieus durchleuchtet werden. Den Kampf gegen links haben sich vor allem rechte und konservative Kräfte auf die Fahnen geschrieben: die Jugend- und Studentenorganisationen der CDU und CSU (RCDS und Junge Union), der FDP, Burschenschaften, Konrad-Adenauer-Stiftung und Hans-Seidel-Stiftung, rechte Gruppen wie Political Incorrect und Zeitungen wie die Junge Freiheit.

Das Familienministerium (dort werden die Programme koordiniert) ist unsicher, wie sie den Kampf gegen links aufnehmen soll. Als Testfeld sollen Berlin und Hamburg erhalten, dort wird es die ersten Programme geben. Auch wenn die Bundesregierung linke Gruppen bekämpfen will, der Widerstand gegen Kapitalismus bleibt richtig, wichtig und legitim. Soziale Bewegungen werden sich dabei auch weiterhin nicht an die Straßenverkehrsordnung halten. Der 1. Mai – nicht nur in Berlin – ist eine gute Gelegenheit die eigene Systemopposition sichtbar zu machen und nicht in die allgemeine Sicherheits- und Extremismus-hysterie mit einzustimmen.

■ ■ ■ ■ **Reinhold** Robbe, Wehrbeauftragter des Bundestages, will seit Längerem Kirchen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften für die Akzeptanz von SoldatInnen im (Kriegs-)Einsatz einspannen. Anfang des Jahres konkretisierte er vor der Wun-

### IMPRESSUM

DAZWISCHENGEHEN +++  
Zeitung für eine Interventionistische Linke wird herausgegeben von ak – analyse & kritik und so oder so. Die Redaktionen arbeiten mit in der Interventionistischen Linken (IL), in der u.a. aktiv sind: Antifa KOK Düsseldorf/Neuss, Antifaschistische Linke Berlin (alb), Avanti – Projekt undogmatische Linke (Norddeutschland), FeS (Berlin), Gruppe dissident (Marburg), Institut für Theologie und Politik (Münster), internationale sozialistische linke (isl), Kampagne Libertad!, Kritischen Kollektiv Worms, Organisierte Autonomie Nürnberg, Interventionistische Linke Karlsruhe, Interventionistische Linke Köln, Projekt Interventionistische Linke Ravensburg, Radikale Linke Nürnberg, Rote Aktion Kornstraße Hannover, sowie Personen aus der Sozialforums und Anti-Kriegsbewegung oder von attac.

Auflage: 25.000

Die massenhafte Weiterverbreitung ist ausdrücklich erwünscht, eine Beteiligung an den Portokosten ebenfalls.

Die Artikel sind über [www.dazwischengehen.org](http://www.dazwischengehen.org) elektronisch abrufbar.

Redaktion: DAZWISCHENGEHEN  
c/o ak-Redaktion  
Rombergstraße 10  
20255 Hamburg  
redaktion@dazwischengehen.org  
V.i.S.d.P.: H.-P. Kartenberg

SPENDEN für diese Zeitung sind erwünscht: Libertad!  
KTO 8 020 068 500  
BLZ 430 609 67  
GLS-Gemeinschaftsbank  
Stichwort: DZWG

